

Das Zentrum und die Finanzreform.

Die Abwendung der neuen Steuerlasten von den breiten Volksmassen.

Die stetig wachsenden Ausgaben des Reichs, nicht allein diejenigen für Militär-, Marine- und Kolonialforderungen und die sogenannte Weltpolitik, sondern auch jene für Schuldzinsen, das Pensions- und Invalidenwesen und die soziale Gesetzgebung, die Besserstellung der Unterbeamten und Arbeiter in den Reichsbetrieben, hatten im Jahre 1905 dahingeführt, daß der Reichshaushalt ein Defizit von rund 200 Millionen jährlich aufwies. Für die Deckung dieses Fehlbetrags mußten Mittel beschafft werden, wenn man die Schuldenwirtschaft nicht ins Ungemessene steigern wollte. Daher legten die Regierungen eine sogenannte „**Finanzreform**“ dem Reichstage vor, in Wirklichkeit waren das neue Steuergesetze im Gesamtbetrage von über 250 Millionen Mk. jährlich; die Regierung wollte sich also noch 50 Millionen Steuern jährlich auf Vorrat schaffen. **Die neuen Steuern waren nach liberalem Muster zugeschnitten, sie sollten vor allem den kleinen Mann, den Arbeiter, Handwerker, den Kleinbauern treffen, Millionäre, Großgrundbesitzer und Großindustrielle sollten nahezu frei ausgehen.** Die **Tabaksteuer** sollte bedeutend erhöht werden, die **Biersteuer verdreifacht**, jede **Quittung** über 20 Mark sollte 10 Pfg. Stempel zahlen, gleichviel ob sie nur 20 Mark oder 2 Millionen Mark betrug, jeder **Frachtbrief**, jedes **Postpaket**, jede **Posteinzahlung** sollte besteuert werden und die **Eisenbahnfahrkarten** sogar für 4. Klasse einem Stempel unterliegen.

Das **Zentrum** hatte sich bereits früher bei jeder Gelegenheit, schon zu Windthorst's Zeiten, und später noch nachdrücklicher, gegen die **Steuern** erklärt, welche die breiten Volksmassen ungebührlich belasten; es hat solche Steuern stets nach Möglichkeit zu verringern gesucht und neue Lasten abgelehnt. Ja, es war dem **Zentrum** im Jahre 1900 bei Annahme des Flottengesetzes gelungen, **diesen Grundsatz der Schonung der breiten Volksmassen** ausdrücklich im Gesetz festzulegen. Umso mehr mußte man überrascht sein, daß die Regierung mit

derartigen Steuervorschlägen hervortrat, welche dem Flottengesetz direkt widersprachen; noch mehr mußte man sich wundern, daß auch **die Liberalen mit diesen Vorschlägen einverstanden waren**, obwohl sie s. Zt. dem Zentrumsantrage zum Flottengesetz zugestimmt hatten.

Das **Zentrum** ließ sich aber auf diese Zusatzen der Regierung nicht ein, es stellte die Forderung auf, daß **die neuen Steuern nach der Leistungsfähigkeit bemessen**, die Bedürfnisse der breiten Volksmassen frei bleiben sollten. Es hat diese Forderungen auch durchgesetzt und die Finanzreform ist nach **seinen** Grundsätzen umgeändert und angenommen worden.

1. Zunächst wurde die vorgelegte **Erb-schaftssteuer** dahin abgeändert, daß Erbschaften für Beträge bis zu 500 Mark überhaupt frei bleiben, Legate an Arbeiter und Bedienstete bis zu 3000 Mark ebenfalls keine Steuern bezahlen, daß dagegen die Erbschaften ganz großer Beträge 10 bis 25% zu bezahlen haben.

Ehegatten und die eigenen Kinder bleiben von der Erbschaftssteuer ebenfalls befreit, weil diese zur engeren Familie gehörig angesehen werden und vielfach das Erbe erst mit haben verdienen helfen.

Für den bauerlichen Besitz sind weitere Erleichterungen vorgesehen, die übrigens auch den Erben von vielen tausenden von Arbeitern zu gut kommen, welche auf dem Lande wohnen und etwas Grundbesitz erworben haben. Die Erbschaftssteuer bringt dem Reiche künftig 50 Millionen Mark jährlich, sie bildet das eigentliche Rückgrat der Finanzreform.

2. Alsdann wurde eine **Lantiemensteuer** neu eingeführt auf Antrag des **Zentrums**; diese Steuer wird von den Lantiemen der **Aufsichtsräte** von Aktien- und anderen Gesellschaften erhoben mit 8% des eingenommenen Betrags. Diese Lantiemen, welche manche liberalen Aufsichtsräte bis zum Betrag von einer Million Mark jährlich beziehen, sind meistens ein sehr leicht verdientes Einkommen und können eine solche Steuer recht gut extragen; der Arbeiter, der Bauer, der Mittelstand wird

von der Lantiemensteuer **niemals** betroffen werden, gleichwohl wird sie 15 Millionen Mark jährlich einbringen.

3. Die **Automobilsteuer** wurde gleichfalls angenommen, jedoch staffelförmig gestaltet, so daß die größten schnellfahrenden Automobile bis zu 700 Mark jährlich an Steuer bezahlen können; auch hiervon wird der kleine Mann **nicht** betroffen werden.

4. Die **Frachtbrieffsteuer** wurde **abgelehnt**; an deren Stelle trat eine mäßige Gebühr von 25–50 Pfg. für ganze Wagenladungen, welche hauptsächlich den großen Werken zur Last fällt, aber leicht zu tragen ist. Die Steuern auf **Postpakete, Posteingahlungen, Quittungen** wurden auf **Antrag des Zentrums** **abgelehnt**, weil sie hauptsächlich den Mittelstand und den kleinen Mann treffen und eine unerträgliche Plackerei und Belästigung bilden würden.

5. Die **Braustenerhöhung** wurde für die **weitaus größte Zahl** der Brauereien **abgelehnt** und nur für die **Großbetriebe** ein staffelförmiger Zuschlag zu der bestehenden Steuer eingeführt, um welchen die große Mehrzahl der Brauereien schon seit Jahren petitionirt hatte, um sich gegen die übermächtige Konkurrenz der Großbetriebe halten zu können. Mehr als zweidrittel aller bestehenden Brauereien bezahlen also auch künftig den alten Steuersatz von 80 Pfennig für hundert Liter Bier wie seither, für die größten der Großbetriebe beträgt die Steuer jetzt rund Mark 2 für hundert Liter Bier (einschließlich der alten Steuer); die Ribezalen wollten die Steuer auch den kleinsten Brauereien um 100 % erhöhen!

6. Die **Tabaksteuer** und **Tabakzollerhöhung** wurden gänzlich **abgelehnt**, dagegen wurde auf fertige **Zigaretten**, welche bisher eine ganz unbegründete steuerliche Begünstigung genossen hatten, was die Zigarettenfabrikanten selbst eingestanden, eine mäßige Fabrikat-Steuer, dem Werte nach abgestuft, eingeführt. Diese Steuer bildet keine Belastung der breiten Volksmassen; sie ist jedoch geeignet, dem rapiden Anwachsen des Zigarettenverbrauchs etwas Einhalt zu tun zu gunsten des Verbrauchs an Zigarren, was um so wichtiger ist, als die Zigarrenindustrie viele tausende von Arbeitern beschäftigt, während die Zigaretten meist mit Maschinen von ungeheurer Leistungsfähigkeit hergestellt werden, die nur wenig Arbeitskräfte brauchen und dadurch für die Zigarrenindustrie Beschäftigungsmangel und Arbeitslosigkeit herbeiführen. Deshalb wird die Zigarettensteuer in den Kreisen der Tabak- und Zigarrenarbeiter vielfach auch als eine durchaus gerechte angesehen und befürwortet.

7. Die **Fahrtartensteuer**, welche 5 Pfg. für die 4. Klasse und 10 Pfg. für die 3., 20 Pfg. für die 2. und 40 Pfg. für die 1. Klasse betragen sollte, wurde dahin abgeändert, daß die **4. Klasse** und die **Arbeiter-, Militär- und Schüler-Fahrtarten ganz frei bleiben**, für die anderen Klassen jedoch eine höhere Steuer eingeführt wird, welche für die 3. Klasse 5 Pfg. bis 2 Mark, für die 2. Klasse 10 Pfg. bis 4 Mark und für die 1. Klasse bis zu 8 Mark beträgt. Hierdurch werden die Luxus- und Vergnügungsreisen erheblich stärker betroffen, als nach der Regierungsvorlage; der Arbeiter und kleine Mann bleibt dagegen in der Hauptsache nach wie vor von dieser Steuer befreit.

8. Endlich wurde noch auf Antrag des Zentrums eine Steuer auf solche **Aktien**, welche nicht ausgefertigt, sondern nur in den Büchern geführt waren, (einer Form, deren sich nur die **allerreichsten Leute** bedient hatten, um die Steuer zu ersparen) eingeführt, um allen Steuerhinterziehungen einen Niegel vorzuschieben.

Das war die **Finanzreform**, wie sie das **Zentrum** geschaffen hat, **getreu dem Grundsatz: Schutz dem Schwachen**, Belastung der Leistungsfähigen nach Recht und Billigkeit.

Die **Sozialdemokraten** haben trotz anfänglichen Sträubens **für einen großen Teil der neuen Steuern**, wie sie nach den Zentrumsanträgen sich gestaltet haben, **mitgestimmt**, z. B. für die Steuer auf unausgefertigte Aktien, die Erbschaftsteuer, die Lantiemensteuer, auch **für das Finanzreformgesetz** haben sie, gleichfalls nach den Anträgen des Zentrums mitgestimmt, gewiß ein seltener Fall!

Schließlich wurde die **Finanzreform vom Reichstage nahezu einstimmig angenommen trotz des Widerspruchs gegen einzelne Steuergesetze**.

Wenn es nach dem Willen der **Liberalen** und **Konservativen** gegangen wäre, hätte die ganze P^h der neuen Steuern auch diesmal wieder von den breiten Volksmassen getragen werden müssen; der Arbeiter, Bauer, der kleine Handwerker hätten bluten müssen, das **liberale Großkapital** hätte wohl mit seinem **Patriotismus** in gewohnter Weise **renommirt**, die Aufbringung der Kosten aber huldvoll anderen überlassen.

Das **Zentrum** hat auch diesmal seine **Ehre** daran gesetzt, in besonnener, gerechter, sozialdenkender Weise für das **Gemeinwohl** zu sorgen und die **Steuerlasten** von den **breiten Massen des arbeitenden Volkes abzuwenden**.

